



Stadt Karlsruhe
Ordnungs- und Bürgeramt
Abteilung Bürgerangelegenheiten
Kaiserallee 8
76133 Karlsruhe

Antrag auf Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz zur Einladung von Besuchern aus dem Ausland

Gastgeber / Gastgeberin

Familienname	Vorname	Ggf. Geburtsname
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name der Firma oder des Vereins		
<input type="text"/>		
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße	Postleitzahl und Ort	Familienstand
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Nummer Reisepass/Personalausweis	Aufenthaltstitel (entfällt bei deutscher Staatsangehörigkeit)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Derzeit ausgeübter Beruf	Arbeitgeber	Durchschnittlicher Nettoverdienst
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gast

Familienname	Vorname	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Passnummer und Art	Verwandschaftsbeziehung zu dem Gastgeber / der Gastgeberin	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Anschrift im Bundesgebiet		
<input type="text"/>		
Anschrift im Ausland (Heimatanschrift)		
<input type="text"/>		

Begleitender Ehegatte

Familienname	Vorname	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Begleitende Kinder bis zum 16. Lebensjahr

Familienname	Vorname	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Familienname	Vorname	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>



Beabsichtigter Aufenthaltszweck

- Touristenaufenthalt
 Geschäftsreise
 Familienzusammenführung
 Studium

- Sonstiger Aufenthalt
Bitte angeben

**Voraussichtliche Einreise
Beginn der Verpflichtung**

Beginn des Aufenthalts (Datum angeben):

Ich bin für folgende Personen zum Unterhalt verpflichtet:

Name	Vorname	Geburtsdatum

**Ich habe weitere Einladungen
ausgesprochen**

- Nein Ja

Zahl der Personen

Ein Rücktritt von der Verpflichtungserklärung ist nicht möglich.

Ort, Datum

Unterschrift

--	--

Von der Behörde zu prüfen:

Wurde die Erklärung zur Verpflichtungserklärung durch die Gastgeberin/ den Gastgeber abgegeben?

- Nein
 Ja

Bitte bringen Sie folgende Unterlagen im Original mit:

- Ihren Reisepass oder Personalausweis, elektronischen Aufenthaltstitel,
- Aktuelle Verdienstrachweise über das monatliche Nettoeinkommen der letzten 3 Monate,
- Renten- und Pensionsbescheinigung,
- Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes,
- Steuerbescheid,
- Bescheinigung eines Steuerberaters,
- Auszug aus Vereinsregister,
- Nachweis über Handlungsbevollmächtigung
- Sparbuch mit Sperrvermerk
- Bankbürgschaft

Die Gebühr je Verpflichtungserklärung beträgt 29,00 EUR.

Gegebenenfalls ist die Vorlage weiterer Unterlagen notwendig.



Erklärung der Verpflichtungsgeberin / des Verpflichtungsgebers

Familienname

Vorname

Geburtsdatum

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, zum Beispiel Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der/Die Verpflichtungsgeber/in hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 Aufenthaltsgesetz. Derartige Abschiebungskosten sind zum Beispiel Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), eventuell Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebehaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltswitz durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann. Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (zum Beispiel bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG - Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden. Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eines Visums eine Kopie gefertigt werden sollte. Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin oder des Antragstellers

